

Protokoll

der öffentlichen Sitzung

des Verfassungs- und Bezirksausschusses

Sitzungsdatum: 01. September 2016
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:05 Uhr bis 18:46 Uhr
Vorsitz: Abg. Carola Veit (SPD)
Schriftführung: Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Sachbearbeitung: Sabine Dinse

Tagesordnung:

1. Drs. 21/5000 Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018, Mittelfristiger Finanzplan 2016-2020 und Haushaltsbeschluss-Entwurf 2017/2018 der Freien und Hansestadt Hamburg
(Antrag Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Verfassungs- und Bezirksausschuss und weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -
2. Drs. 21/5600 Halbjahresbericht 2016, Bericht zur Entwicklung der Hamburger Steuererträge und Schulden zum 2. Quartal 2016 sowie Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 16. Mai 2013 -Jährliches Berichtswesen für Schulbaumaßnahmen (Bericht Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Verfassungs- und Bezirksausschuss und weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -

3. Drs. 21/4457 Bericht über die Haushaltsentwicklung zum 1. Quartal 2016 sowie vorläufige Gesamtergebnisrechnung und doppelte Gesamtfinanzrechnung für 2015 (Bericht Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Verfassungs- und Bezirksausschuss und weitere Fachausschüsse sind mitberatend. -
4. Drs. 21/2936 Demokratie vor Ort: Hamburgs Bezirke stärken - Einsetzung einer Enquete-Kommission (Antrag Fraktion DIE LINKE)
- Drs. 21/2756 Demokratie vor Ort: Hamburgs Bezirke stärken - Einsetzung einer Enquete-Kommission (Antrag FDP)
5. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Andreas Dressel (SPD)
Abg. Barbara Duden (SPD)
Abg. Dr. Kurt Duwe (FDP)
Abg. Franziska Grundwaldt, i.V. (CDU)
Abg. Regina-Elisabeth Jäck (SPD)
Abg. Dirk Nockemann (AfD)
Abg. Frank Schmitt (SPD)
Abg. Christiane Schneider (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Carola Veit (SPD)
Abg. Dr. Jens Wolf (CDU)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Anna Gallina (GRÜNE)
Abg. Jens Meyer (FDP)
Abg. Milan Pein (SPD)
Abg. André Trepoll (CDU)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Finanzbehörde

Frau	Staaträtin	Elke Badde
Herr	LRD	Harald Fritze
Frau	LRD'in	Ulrike Reinert
Frau	ORR'in	Sonja Bösel
Herr	RR	Berno Peuker

Bezirksamt Hamburg Altona

Frau	Bezirksamtsleiterin	Liane Melzer
Herr	LRD	Kersten Albers

Bezirksamt Hamburg Nord

Herr	Bezirksamtsleiter	Harald Rösler
Herr	LRD	Tom Oelrichs

Bezirksamt Hamburg Wandsbek

Herr	Bezirksamtsleiter	Thomas Ritzenhoff
------	-------------------	-------------------

Bezirksamt Hamburg Bergedorf

Herr	Bezirksamtsleiter	Arne Dornquast
------	-------------------	----------------

deshalb eine weitere Anhörung von Sachverständigen durchzuführen. Darüber hinaus sollte sich der Senat in der nächsten Ausschusssitzung vertieft zu den Ergebnissen der bereits durchgeführten Anhörung äußern und eigene Ideen zu den Sachverhalten und zur Stärkung der Bezirke einbringen.

Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE verdeutlichte, als kleine Fraktion sähen sie sich nicht in Lage, eine zweite Enquete-Kommission zu begleiten. Die Drucksachen sollten aber vertagt werden und es sollten zu einzelnen Problemen Beratungen stattfinden. Sie stimmte dem Vorschlag der FDP-Abgeordneten zu, sich Erfahrungen aus Berlin einzuholen.

Die CDU-Abgeordneten fragten nach, wann der bereits einmal vom Senat abgefragte Sachstandsbericht zur Entflechtungsdrucksache vorgelegt werde. Sie hielten es für sinnvoll, anhand eines solchen Berichts die Beratung fortzuführen.

Die Vorsitzende wandte ein, es sei nicht klar gewesen, ob es einen solchen aktuellen Sachstandsbericht vom Senat überhaupt gebe.

Die SPD-Abgeordneten führten aus, die Anhörung des Senats zur Anhörung stehe noch aus und sollte durchgeführt werden. Darüber hinaus sollte eine strukturelle Beratung einzelner Sachverhalte stattfinden, darüber werde eine Verständigung zwischen den Obleuten stattfinden und somit sollten die Anträge zunächst vertagt werden.

Die Vorsitzende stellte fest, die Beratung der Drucksachen werde fortgesetzt, allerdings nicht in der nächsten Sitzung am 10. November 2016. Sie erbat vom Senat eine Rückmeldung, falls und gegebenenfalls wann er einen Sachstandsbericht vorlegen könne

Verschiedenes

Die Vorsitzende führte aus, für die Tagesordnung am 10. November 2016 sollte vor den Herbstferien im Oktober eine Verständigung stattfinden, ob das Wahlrecht beraten werden solle. Der Landeswahlleiter wolle die Obleute des Ausschusses zu einem Gesprächskreis „Wahlen“ einladen, um die Weiterentwicklung einzelner Punkte zu unterstützen. Der Ausschuss stimmte überein, dieser Termin könne tagsüber stattfinden.

Die SPD-Abgeordneten fragten nach, wann die Zusammenschrift der Ergebnisse des Unterausschusses „Stärkung der Hamburgischen Bürgerschaft“ vorliegen werde.

Die Vorsitzende sagte zu, diesen alsbald vorzulegen.

Der Ausschuss stellte fest, für den Unterausschuss „Stärkung der Hamburgischen Bürgerschaft“ liege kein weiterer Sitzungstermin vor.

Die Vorsitzende sagte, bezüglich des Wahleinspruchs 07/15 habe die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, die Ermittlungen erwiesen sich als schwierig und dauerten an. Zum Ende des Jahres 2016 sollte es gegebenenfalls ein Ergebnis geben.

Carola Veit (SPD)
(Vorsitz)

Christiane Schneider
(Fraktion DIE LINKE)

Sabine Dinse
(Sachbearbeitung)

(Schriftführung)